

Nummer 1/2006

Januar

Februar

März 2006

UNION POSTALE 1

In dieser Nummer...

Seite

Titelseite

Es wird mit der Postreform in aller Welt viel experimentiert. Der WPV hat beobachtet, was sich bisher in verschiedenen Ländern abgespielt hat, und eine Methode entwickelt, die es den Ländern, die eine Postreform ins Auge fassen, ermöglichen soll, diese unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte erfolgreich zu gestalten. (Foto: Correos de Costa Rica)

Vorwort

Postreform einmal anders

2

In Kürze

Streiflichter auf WPV und Post

3

Postreform

PIDEP/IPDP: Für eine grundlegende Postreform

5

Paraguay als Vorreiter

7

Laos: Überlebenshilfe für die Post – ein Programm

9

Postwirtschaft

Wie können wir unser Ziel erreichen?

11

Postentwicklung

Partnerschaften: eine Idee setzt sich durch

14

Millenniumsziele der Vereinten Nationen

AIDS am Arbeitsplatz: Handlungsbedarf?

17

Gute Nachrichten von der Post in Kenia

20

Rubriken

Philatelieforum

Briefmarken für eine gute Sache – oder für mehrere

22

Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die in der Zeitschrift *Union Postale* verwendeten Ausdrücke Generaldirektor und Vize-Generaldirektor auf den Generaldirektor und den Vize-Generaldirektor des Internationalen Büros des Weltpostvereins.

Postreform, einmal anders

Die Postreform kann viele verschiedene Gesichter haben, muss aber doch auf einer klar umrissenen Basis ruhen. In den Ländern, die neue Wege beschreiten wollen, fehlt es leider allzu oft an einer solchen Basis.

Deshalb bietet das Internationale Büro des WPV nunmehr einen Wegweiser an, dem die Länder durch den Dschungel der Postreform folgen können. Der seit 2005 verfügbare Gesamtplan für Postreform und -entwicklung (PIDEP/IPDP) bewährt sich bereits in jenen Ländern, die sich schon während seiner Anlaufphase für ihn entschieden haben. Er bindet nicht nur sämtliche am Reformprozess wesentlich Mitwirkende ein bzw. trägt dazu bei, dass der Postsektor auf nationaler Ebene in den Vordergrund gestellt wird, sondern erweist sich auch als wertvolles Instrument zur Erschließung der für die betreffenden Vorhaben unerlässlichen Finanzierungsquellen, die vordem zumeist eher problematisch war. Ist nämlich der Postsektor erst einmal als Bestandteil des Entwicklungsplans eines Landes anerkannt und sind sich

die Geldgeber darüber klar, dass die Regierung willens ist, ihr wirtschaftliches Potenzial auch in dieser Hinsicht auszuwerten, haben sie weniger Hemmungen, etwas tiefer in die Tasche zu greifen.

Im Rahmen des WPV-Rates für Postbetrieb verfolgt die Aktionsgruppe für Postentwicklung (GADP/PDAG), die den Ländern beim Auffinden von Geldmitteln zum Vorantreiben der Postreform zur Hand gehen soll, aufmerksam die praktische Umsetzung des PIDEP/IPDP und arbeitet auf seine generelle Anwendung ab 2006 hin. Das gilt auch für die Aktionsgruppe für entwicklungsgezielte Zusammenarbeit (GACD/DCAG), die für die Förderung verschiedener Formen von Zusammenarbeit zwischen den Ländern zuständig ist. In beiden Fällen erschliesst der PIDEP/IPDP neue Horizonte.

Und nach neuen Horizonten muss dringend Ausschau gehalten werden. Achtzehn Länder haben den Versuchslauf des Konzeptes mitgemacht, aber weitere 49 sollen in den Jahren 2006 bis 2008 mit einbezogen werden.

Die Redaktion

In Kürze

FAQS/QSF-Seminare: Bisher 152 Absolventen

Bei diesen Seminaren sollen die Mitgliedsländer des Weltpostvereins auf der Grundlage der Beschlüsse des Kongresses von Bukarest zur Verteilung der über die Endvergütungen aufgebrauchten Mittel über die finanziellen Aspekte des Fonds zur Verbesserung der Dienstqualität (FAQS/QSF) unterrichtet werden, und es wird diese Seminare auch im Jahre 2006 geben. Erst kürzlich fand eines für die Karibik vom 28. Februar bis zum 1. März in Miami statt, und das nächste soll zum Abschluss des 2005 begonnenen Zyklus für die lateinamerikanischen Länder Ende April in Panama abgehalten werden. Schon 152 Teilnehmer aus 92 Ländern haben diese Art von Schulung mitgemacht, u.a. in Ägypten, in Burkina Faso, Indien, Kenia, Portugal und der Schweiz. «Die Veranstaltungen sind der Gastfreundschaft dieser Länder zu danken», betont die FAQS/QSF-Projektleiterin Denise Vreuls, «und ausserdem den grosszügigen Spenden von Ländern wie den Vereinigten Staaten, Frankreich, Indien, Japan und Portugal sowie der Direktion für gemeinsame Entwicklungsarbeit im Internationalen Büro, die es auch mehreren Vertretern der am wenigsten entwickelten Länder ermöglicht haben, daran teilzunehmen.» Da die benötigten Geldmittel durch einen von den Industrieländern bezahlten Zuschlag auf die Endvergütungen aufgebracht werden, finden die Seminare in der Regel zur selben Zeit wie die Endvergütungs-Seminare statt. Aus dem FAQS/QSF konnten seit seiner Gründung vor fünf Jahren mehr als 250 Vorhaben finanziert werden. Derzeit verfügt er über etwa 50 Millionen USD für neue Projekte.

Vereinbarung WPV-Eurogiro: Die neue Verbindung zwischen CTT Correios und Ukrposhta

Die portugiesische Post CTT Correios, Mitglied des Eurogiro-Netzes für elektronische Geldübermittlung, und die dem Geldpostnetz des WPV angeschlossene ukrainische Post Ukrposhta können ab sofort elektronische Geldüberweisungen mittlerer Dringlichkeit binnen zweier Tage erledigen.

Diese beiden europäischen Postunternehmen nützen als erste die Vereinbarung, die WPV und Eurogiro zum Zweck der Erleichterung elektronischer Transfers durch die Zusammenschaltung ihrer jeweiligen Netze geschlossen haben.

Dreiunddreissig Postunternehmen bedienen sich derzeit bereits des Internationalen Finanzsystems des WPV (IFS), um auf der Grundlage bilateral vereinbarter Dienstnormen untereinander Geldverkehr abzuwickeln.

Nunmehr ermöglicht das Zusammenschalten der Netze von WPV und Eurogiro den Benutzern des IFS-Netzes den elektronischen Geldverkehr mittlerer Dringlichkeit mit einer potenziell grösseren Anzahl von Ländern. Dies gilt auch für die Mitglieder von Eurogiro; hier gibt es 53 Verbindungen in 42 Ländern.

Version 3 des IFS im Aufschwung

Elf der 33 Länder, die ihre elektronischen Postanweisungen über das Internationale Finanzsystem (IFS) bearbeiten, haben sich bisher für die Drittfassung dieser vom Posttechnologiezentrum des WPV entwickelten Anwendung entschieden.

Die IFS-Version 3 erleichtert die Arbeit des Schalterpersonals zusehends. Die Mitarbeiter können nunmehr alle vom Kunden zu einer gegebenen Postanweisung beigestellten Informationen über eine Web-Schnittstelle unmittelbar erfassen und per Klick dem Bestimmungsland zuleiten.

Die französische Post bringt das IFS bevorzugt zum Einsatz und hat schon 300 über das ganze Land verteilte Postämter angeschlossen. Ausser Frankreich und Tunesien – das die IFS-Neufassung als erstes Land übernommen hat – zählen Burkina Faso, Estland, Französisch-Polynesien, Kamerun, Madagaskar, Marokko, Neukaledonien, Senegal und Togo zu seinen Benutzern.

Usbekistan und Tadschikistan testen derzeit eine «light»-Version der IFS-Anwendung. Diese ist für Länder mit sehr geringem Postanweisungs-Aufkommen gedacht, deren Infrastruktur zudem nicht für den «Einbau» des IFS an Ort und Stelle ausreicht.

Insgesamt nehmen heutzutage 33 Länder zur Abwicklung elektronischer Geldtransfers eine der IFS-Versionen – einschliesslich STEFI – in Anspruch.

Der WPV organisiert internationale Konferenzen für den Postsektor

Das Internationale Büro des WPV wird die ranghohen Vertreter des Postsektors zu einer Reihe von Konferenzen einladen, bei denen in den Jahren 2006 und 2007 in Bern die wichtigsten einschlägigen Probleme besprochen werden sollen.

Die erste davon wird am 28. April d.J. am Sitz des WPV stattfinden, also einen Tag dauern. Ihre Teilnehmer werden die von einigen der fortschrittlichsten Postunternehmen angesichts von Konkurrenzgeschehen und zunehmender Marktliberalisierung angewendeten Entwicklungsmodelle in Augenschein nehmen und über verschiedenste Themen debattieren, wie z.B. über Investitionen auf dem Postsektor, erste öffentliche Aufforderungen zum Sparen, Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen und die Schaffung von Allianzen, durch die manche Postunternehmen ihren Markt international erweitern und ihre Position für die Zukunft festigen können.

Mehrere leitende Persönlichkeiten und Fachleute für Postwesen wurden eingeladen und haben bereits zugesagt: Peter Bakker von TPG, Helge Israelsen von der Dänischen Post, Abdulla Ibrahim Al Daboos aus den Emiraten und Pierre Guislain von der Weltbank-Gruppe. Handelsbanken und Investment-Fonds, wie CVC Capital Partners Limited, Morgan Stanley, UBS, Crédit Suisse und Merrill Lynch, werden ebenfalls vertreten sein.

«Bei diesen Konferenzen soll auf die wirtschaftliche und soziale Funktion des Postsektors in einer Welt immer modernerer Kommunikationsmedien hingewiesen werden», erklärt Daniel Le Goff, der im Internationalen Büro als Koordinator für Aussenbeziehungen tätig ist.

Eine zweite Konferenz zum Thema der Postregulierung ist für den 30. Juni 2006 vorgesehen. Ausserdem werden am Sitz des WPV die Jahrestagungen des Rates für Postbetrieb (27. März bis 7. April) und des Verwaltungsrates (9. bis 20. Oktober) abgehalten. Die Strategiekonferenz des Vereins wird vom 14. zum 16. November 2006 in Dubai stattfinden.

Sonderfonds: Spenden willkommen

Alljährlich ersucht das Internationale Büro die Mitgliedsländer um freiwillige, zweckgebundene oder auch nicht zweckgebundene, Beiträge zum Sonderfonds des WPV zur Deckung dringenden Bedarfes vor allem im Bereich des Schulungswesens. Im Jahr 2005 haben an die 23 Mitgliedsländer dem nicht zweckgebundenen Fonds einen Betrag von insgesamt etwas mehr als 240 000 CHF zugeführt. Aus diesem Fonds finanziert der WPV die Unterstützung seiner Mitgliedsländer in Sachen Schulung und die Entwicklung des Trainpost-Programms, in dessen Rahmen Kollektiv- und Fernkurse für Postverwaltungen und Postschulen zusammengestellt und angeboten werden.

Frankreich steht als Spender in der ersten Reihe, dann folgen Deutschland und die Schweiz. Auch mehrere Entwicklungsländer haben sich grosszügig gezeigt. Im Laufe des Jahres 2005 konnten aus dem Sonderfonds einige Aktionen finanziert werden, darunter drei Workshops über Postreform und Wirtschaftsrecht, die in Zusammenarbeit mit der Weltbank in Libreville (Gabun), Lusaka (Sambia) und Bangkok (Thailand) abgehalten wurden, eine Konferenz in Tunis (Tunesien) zur Förderung der IPS- und IFS-Produkte in den arabischen Ländern, ein Workshop über Fernunterricht für Lehrpersonal und über EDV-gestützten Unterricht (Yaounde, Kamerun) und zwei Workshops zum Thema FAQs/QSF und Endvergütungen zugunsten der Region Asien/Pazifischer Raum und der arabischen Länder.

Bald gibt es eMaria in französischer Sprache

Bald wird der WPV seinen Mitgliedsländern eine französische Fassung der Anwendung eMaria anbieten können. Das System eMaria dient in derzeit 58 Ländern dem Austausch elektronischer Berichte über Anomalien im Postverkehr und über Möglichkeiten zu deren Behebung im Interesse gesteigerter Dienstqualität auf internationaler Ebene. Für das zweite Trimester 2006 sind Schulungskurse für französischsprachige Länder Europas und Afrikas vorgesehen. Die französische Fassung wird nach Abschluss dieser Kurse verfügbar sein.

Der WPV als Beobachter bei Interpol

Vor kurzem ist der WPV Mitglied der Interpol-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung geworden. Die Interpol ist die grösste international tätige Polizeiorganisation der Welt und hat ihren Sitz in Lyon (Frankreich). Da der Geldpostdienst bei zahlreichen Postunternehmen eine wichtige Rolle spielt, muss das Problem der Geldwäsche besonders im Auge behalten werden. Der WPV verspricht sich – und seinen Mitgliedsländern – von seiner Mitwirkung in der Interpol-Gruppe wertvolle Ratschläge und Hilfen beim Ergreifen von Massnahmen zur Verringerung des Risikos von Geldwäsche auf dem Postweg. Die Interpol hat die Arbeitsgruppe eingesetzt, um die wichtigsten an diesem Problemkreis interessierten Institutionen miteinander in Kontakt zu bringen und dadurch den Austausch zweckdienlicher Informationen zwischen ihren 184 Mitgliedsländern weiter zu fördern.

Gesamtplan für Postreform und -entwicklung

Für eine grundlegende Postreform

von *Rhéal LeBlanc*

Seit etwas mehr als einem Jahr macht die neue Abkürzung PIDEP/IPDP in Postkreisen Furore. Sie bezeichnet den Gesamtplan für Postreform und -entwicklung, der von der Abteilung für gemeinsame Entwicklungshilfe des Internationalen Büros (DCDEV) erstellt wurde und darauf abzielt, der neuen Postreform den Weg in jene Länder zu bahnen, die den Wunsch haben, diesbezüglich etwas zu unternehmen. Bisher wurden entsprechende Pläne für 19 Mitgliedsländer des WPV ausgearbeitet.

Jahrelang blieben ja die Reformpläne der Post – so lobenswert sie auch waren – auf eine Neustrukturierung des öffentlichen Postbetreibers beschränkt. Um den Universaldienst oder um Vorschriften und Gesetze, auf deren Grundlage die gesamte Postmaschinerie eines gegebenen Landes reibungslos und erfolgreich laufen könnte, hat man sich kaum je Sorgen gemacht. Die sogenannten Reformen erwiesen sich in vielen Fällen als wirkungslos, in manchen sogar als verhängnisvoll.

Angesichts der Veränderung der Postlandschaft durch bestimmte Faktoren, wie Liberalisierung bestimmter Sektoren und zunehmendes Auftreten privater Betreiber, ist man sich darüber klar geworden, wie wichtig die Schaffung eines Rahmens wäre, in welchem die Postreform unter Berücksichtigung des jeweils landesspezifischen Bedarfes durchgeführt werden könnte.

Wie uns einer der «Väter» des Gesamtplanes – zugleich zuständiger Koordinator beim Internationalen Büro – Rudy Cuadra, Leiter des Programms «Lateinamerika und Karibik», erklärt hat, entstand der PIDEP/IPDP-Gedanke nach mehreren Arbeitsjahren vor Ort, vor allem in Lateinamerika, wo die Post in den letzten zehn Jahren besonders vom Schicksal verfolgt war. Es gab keine auf den Postsektor abgestimmte Politik, keine Spielregeln für die Post oder für den Universaldienst; noch dazu gehörte das Postwesen nicht zu den vorrangigen Anliegen der Länder. All dies bremste die Entfaltung des Postsektors und eröffnete einer Vielzahl von Postbetreibern ungebremsten Zugang zum Markt. «Wir haben mit den öffentlichen Postbetreibern lange Zeit hindurch zu restrukturieren versucht, bemerkten dann aber, dass diese Mühe vergeblich war, so lange wir nicht mit

Regierungsstellen und Regulatoren zusammenarbeiten und ihnen einen Platz im Reformprozess zuweisen.»

Durch die Erstellung des *Leitfadens zu Postreform und -entwicklung* konnte der WPV zunächst den Grundstein für einen integrierten Reformprozess legen und seine Mitgliedsländer auf dessen Bedeutung aufmerksam machen. Der nächste Schritt bestand in der Entwicklung eines Systems zur Anwendung des Leitfadens. Nach dem Kongress von Bukarest fassten Cuadra und der Regionalkonsulent für Lateinamerika, Guillermo Ronderos, die Möglichkeit der Schaffung eines PIDEP/IPDP-Rahmens ins Auge. Mit der Unterstützung durch DCDEV-Experten und andere Mitarbeiter haben sie seither alle Länder angesprochen, die sich für die Erstellung eines derartigen Planes ideal zu eignen scheinen.

Man muss nur wollen!

«Seitens der Regierung, des Regulators und des Betreibers selbst sind fester Wille und Engagement im Sinne gemeinsamer Bestrebungen zugunsten der Reform des Postsektors eine unabdingbare Voraussetzung für die Erstellung eines PIDEP/IPDP», betont Abdelilah Bousseta, der Leiter der DCDEV.

Da es darum geht, die Organisation und Durchführung sämtlicher Komponenten der Postreform und -entwicklung in einem gegebenen Land in ein und derselben Richtung zu betreiben, müssen sich alle an der Gesamtreform Beteiligten im Rahmen des PIDEP/IPDP zusammenschließen. Der Erfolg hängt davon ab, dass ein landeseigenes Team aus Vertretern sämtlicher Sektoren gebildet wird. Das Internationale Büro bietet zwar Richtlinien für die Inangriffnahme der Postreform an, doch im weiteren Verlauf müssen die Länder das Vorschriftenwesen, die Gesetze und den Betrieb selbst in die Hand nehmen. Somit wäre es wünschenswert, Vertreter der für Finanzwesen, Wirtschaft und vor allem Planung zuständigen Stellen bzw. Ministerien als Mitglieder im Team zu haben, betont Rudy Cuadra. In vielen Fällen sind gerade sie in der Lage, Geldgeber für die Finanzierung des Plans aufzutreiben und dafür zu sorgen, dass die Post in das nationale Entwicklungsprogramm eingebunden wird.

«Der PIDEP/IPDP darf mit den herkömmlichen Betriebsplänen nicht verwechselt werden!», erklärt er weiter. «Der Gesamtplan ist weitaus umfassender und bezieht manchmal sogar die privaten Betreiber und die Gewerkschaften mit ein, weil eine gesunde, stabile Post eben allen nützt.»

Zusammenarbeit und Finanzierung

Paraguay hat sich als erstes Land für einen solchen Gesamtplan entschieden und bisher damit unzweifelhafte Erfolge erzielt (siehe den Artikel auf Seite 7). «Erst durch den PIDEP/IPDP ist die Regierung von Paraguay zum ersten Mal auf die Post aufmerksam geworden», gibt Guillermo Ronderos zu bemerken. Nunmehr genießt das Land sogar eine Unterstützung seitens Brasiliens. Der Plan eignet sich also vorzüglich zur weiteren Förderung der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern, ganz so wie die Partnerschafts-Aktionen u.dgl.

Auch die DCDEV konnte in manchen Ländern ihre – vom WPV und von den Regierungen der Nutzniesserlande gemeinsam finanzierten – mehrjährigen Gesamtprojekte (PIPs/MIPs) in den PIDEP/IPDP einbauen, z.B. in Sri Lanka und in Laos, wo es dadurch zu einer idealen Koordinierung der für die Postunternehmen relevanten Entwicklungshilfe gekommen ist. «De facto soll durch den Gesamtplan u.a. erreicht werden, dass alle inner- und ausserhalb eines gegebenen Landes für Zusammenarbeit und Finanzierung zuständigen Stellen zu einem homogenen und gut strukturierten Ganzen zusammenwachsen, wodurch ein wirkungsvoller Einsatz der verfügbaren Mittel gewährleistet wäre», führt Abdelilah Bousseta dazu aus.

Und die Reformbestrebungen schlagen tatsächlich ein. Schon mehrere Länder haben es mit ihrem Gesamtplan in der Hand geschafft, Geldgeber für ihr Projekt zu interessieren. So z.B. unterstützt das Entwicklungspro-

gramm der Vereinten Nationen das syrische Projekt und sorgen die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Weltbank für die Teilfinanzierung der Projekte von Paraguay und Panama. Auch die Regierungen von Costa Rica und Mali haben zur Unterstützung der Postreform in ihren Ländern Geld locker gemacht.

Regionales Vorgehen

Da die Anlaufphase schlüssige Ergebnisse gebracht hat, wird das Internationale Büro im Jahr 2006 bestrebt sein, auf regionaler Ebene vor allem die regionalen WPV-Konsulenten und die Engeren Vereine mit dem erforderlichen Instrumentarium zur praktischen Umsetzung des PIDEP/IPDP zu versehen und die bereits laufenden Projekte zu unterstützen und im Auge zu behalten

Die Abhaltung von vier Ausbildungs-Workshops in verschiedenen Weltteilen ist vorgesehen. Es werden dabei je Region an die fünfzehn Experten – hochqualifizierte Vertreter von Betreibern, Regulatoren und Regierungen – teilnehmen und erfahren, wie sie die Postreform in ihren jeweiligen Ländern fördern können. Die Regionalkonsulenten sollen im März geschult werden, die Fachleute aus den spanischsprachigen Ländern im Mai, die französischsprachigen im September und die englischsprachigen im November.

Auf diese Art sollte ab 2007 für eine zweckentsprechende Ablöse auf regionaler Ebene und damit für eine aktivere Mitwirkung der regional Zuständigen gesorgt sein. Das Internationale Büro wird seinerseits die weltweite Koordinierung der PIDEPs/IPDPs weiterhin wahrnehmen, besonders im Zusammenhang mit der anzuwendenden Methodik, mit dem Management und der Erweiterung der Expertenteams sowie mit der Ermutigung der für den PIDEP/IPDP regional Zuständigen; und sich ausserdem um die Verhandlungen mit den interregionalen Geldgebern kümmern.

PIDEP/IPDPs wurden für folgende 19 Länder ausgearbeitet: Bahamas, Belize, Benin, Bhutan, Costa Rica, Gambia, Jamaika, Kuwait, Laos, Mali, Mazedonien (Ex-Republik Jugoslawien), Nepal, Panama, Paraguay, Sri Lanka, Syrien, Tschad, Uruguay, Zentralafrikanische Republik.

Lange Zeit hindurch befassten wir uns gemeinsam mit Postbetreibern ausschliesslich mit Restrukturierungsplänen der Post, heute aber wissen wir, dass eine weitere Sicht, daher auch eine enge Zusammenarbeit mit Regierung und Regulator unerlässlich sind.

Gesamtplan für Postreform und -entwicklung Paraguay als Vorreiter

von *Rhéal LeBlanc*

So wie mehrere andere lateinamerikanische Länder hat auch das zwischen Bolivien, Brasilien und Argentinien gelegene kleine Land Paraguay seit Jahren mit Problemen zu kämpfen, die seinen Postdienst betreffen. Ein schwerfällig, unzuverlässig und kostspielig abgewickelter Dienst hat seinen Postbetreiber in die roten Zahlen gebracht. So ist er nicht in der Lage, den Anforderungen des Marktes gerecht zu werden, und kann im Konkurrenzkampf nicht bestehen. Zwischen 1999 und 2003 hat das Postaufkommen um 50%, die Produktivität um 40% abgenommen. 2004 musste der öffentliche Betreiber ein Defizit von mehr als 1,5 Millionen USD in Kauf nehmen.

So wie in anderen Ländern verfügt der Postdienst auch in Paraguay über keinen juristischen und reglementären Rahmen, und über die Verpflichtung zum Universaldienst gibt es seitens der staatlichen Stellen keine Bestimmungen. Der öffentliche Betreiber besitzt somit kommerziell gesehen nicht jene Flexibilität, die es ihm ermöglichen würde, sich der Konkurrenz zu stellen. In die Posttechnologie wird kaum investiert.

Jetzt aber soll alles anders werden, denn die Regierung ist entschlossen, dem Postsektor neue Dynamik einzuhauchen und ihn auf der Basis eines vom Weltpostverein in Zusammenarbeit mit dem Postverein von Amerika, Spanien und Portugal erstellten Gesamtplanes für Postreform und -entwicklung (PIDEP/IPDP) von Grund auf zu reformieren. Im Jahr 2005 hat Paraguay neue Wege beschritten und sich als erstes Land der Welt für einen solchen Plan entschieden.

Ein massgeschneiderter Plan

Wie der Direktor für Postwesen bei der Generalpostdirektion von Paraguay (sie untersteht dem Ministerium für Öffentliche Arbeiten und Kommunikation), Hugo Piccinini Soerensen, erklärt, konnte die Regierung anhand des PIDEP/IPDP davon überzeugt werden, welche grosse soziale Rolle der Universalpostdienst spielt und wie wichtig es ist, ihn – was derzeit nicht der Fall ist – im ganzen Land einzurichten. Es trat die Notwendigkeit zutage, eine sektorielle Politik anzuwenden und den Universaldienst, seine Erbringung und Finanzierung und

auch das Erfordernis, den Postmarkt landesweit zu organisieren, in einen klar definierten juristischen und reglementären Rahmen zu stellen. «Der Plan ist unseren Gegebenheiten angepasst», betont Piccinini Soerensen. «Er zeigt unsere Stärken und Schwächen sowie die Massnahmen auf, die zur Lageverbesserung des Postsektors und zur Modernisierung der Dienste des öffentlichen Betreibers ergriffen werden müssen.»

Die Analyse des Universalpostdienstes, die erforderlichen Marktstudien und die Erarbeitung einer sektoriellen Politik laufen bereits plangemäss. In der zweiten Hälfte des Jahres 2007 müsste der PIDEP/IPDP praktisch umgesetzt sein. Dann wird es ein Postgesetz, die entsprechenden Vorschriften und auch ein Entwicklungsprogramm für den Betreiber geben.

Der Betreiber stellt sich um

Die Generalpostdirektion soll nämlich zu einem autonomen, kommerziell orientierten Unternehmen werden und nach klar umrissenen Regeln als Konkurrent auf dem Markt auftreten. Derzeit geht auf dem Postmarkt von Paraguay alles drunter und drüber. Der vorgesehene Betreiber verfügt weder über reservierte Dienste noch über irgendein Monopol. Die privaten Betreiber agieren nach ihrem Gutdünken. Die Erstellung eines Vorschriftenrahmens wird entsprechend schwer fallen, meint Direktor Piccinini Soerensen, weil sie den Interessen der privaten Betreiber zuwiderlaufen könnte. Er gibt allerdings zu, dass die bevorstehende Reform den Menschen in Paraguay viele Vorteile bringen wird, darunter einen gut funktionierenden Postdienst. «Wir wollen den Markt um einen gut organisierten und reglementierten Postdienst bereichern, der für die Wirtschaft und für die Finanzen unseres Landes grössere Dynamik bedeutet.»

Hilfe von aussen

Während der PIDEP/IPDP läuft, werden zur unmittelbaren Bereinigung der derzeitigen Situation der Post Hilfsmassnahmen ergriffen, die teilweise auch eine Zusammenarbeit zwischen Paraguay und anderen Ländern voraussetzen. Das Ministerium für Kommunikation von Brasilien hat gemeinsam mit der brasilianischen Post drei

Spezialisten nach Paraguay entsendet, die dort dem vorgesehenen Betreiber bei der Modernisierung seiner Dienste behilflich sein werden. Ausserdem hat ein Ingenieur der brasilianischen Post ein neues Umleitzentrum geplant, das in Asunción entstehen soll. Paraguay wird die ihm zustehenden Beträge aus dem Fonds zur Verbesserung der Dienstqualität für den Ankauf eines Teiles der erforderlichen Betriebsmittel aufwenden, und

auch die Regierung von Spanien kann sich durchaus vorstellen, zur Finanzierung des Projektes beizutragen. Die Postreform in Paraguay interessiert aber nicht nur seine Nachbarn und Freunde. Mit dem PIDEP/IPDP in der Tasche konnte Paraguay u.a. auch die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank auf sich aufmerksam machen, die nun ihrerseits einen Teil der Reform finanzieren werden.

Foto:

In Paraguay dem Land der historischen Mission der Jesuiten der Santissima Trinidad de Paranà, kommen durchschnittlich acht Briefsendungen auf einen Einwohner, gegenüber 60 in Brasilien, 30 in Argentinien und 18 in Uruguay.

Laos

Überlebenshilfe für die Post: ein Programm

von Lucie Warrillow

Die demokratische Volksrepublik Laos gehört zu jenen 19 Entwicklungsländern, die sich zur praktischen Umsetzung des Gesamtplanes für Postreform und -entwicklung (PIDEP/IPDP) entschlossen haben. Nach diesem Plan, ergänzt durch einen vom Internationalen Büro des WPV erstellten mehrjährigen Gesamtprojekt (PIP/MIP), soll Laos bei der Reformierung und Stärkung seines Postsektors und bei der Verbesserung des Universaldienstes unterstützt werden.

Laos zählte zu den ersten Kandidaten, die für ein PIDEP/IPDP in Aussicht genommen wurden – es befanden sich nur vier asiatische Länder darunter. Man nennt Laos liebevoll «das Land der Millionen Elefanten». Es ist ein in Südostasien gelegenes Binnenland mit etwas über 6,2 Millionen Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von 22 Einwohnern pro Quadratkilometer. Für das Kommunikationswesen sorgt der öffentliche Postbetreiber EPL (Entreprise des Postes Lao), der als staatliches Unternehmen seit 1986 besteht und mit 479 Mitarbeitern als offizieller Erbringer der Postdienste dem Ministerium für Kommunikation, Verkehr, Post und Bauwesen untersteht. EPL und Ministerium waren beide intensiv an den einzelnen Phasen des PIDEP/IPDP beteiligt: an der Marktstudie, an der landesweiten Erforschung der Lage und auch an den Massnahmen zur Entwicklung und Finanzierung des Universaldienstes.

Starkes Engagement

«Die Wahl von Laos als PIDEP/IPDP-Kandidat hat sich geradezu aufgedrängt», erklärt Vinod Dhamija, Regionalkonsulent des WPV für die Region Asien/Pazifischer Raum. Denn einerseits bemüht sich die dortige Regierung um die Förderung einer marktorientierten Wirtschaft, um ausländische Investoren zu interessieren und den Wettbewerb anzuregen, und andererseits unterstützt sie die Postreform. So hat sie auch das Postgesetz 2004 angenommen, das laut Bounchanh Siripraphanh, dem Abteilungsleiter für Postbetrieb bei EPL, als «Werkzeug zum Bestellen des Postfeldes» dient, weil es eine Abgrenzung zwischen den Diensten des Postbetreibers und jenen der Privatkuriere erlaubt. Anscheinend haben sich diese Massnahmen bereits bezahlt gemacht.

Denn obwohl Laos zu den in technischer Hinsicht am wenigsten entwickelten Ländern zählt, kann es auf eine regelmässige Zunahme seines Bruttonationalprodukts (BNP) um jährlich etwa 6% verweisen.

Das Unternehmen EPL verzeichnet konstante Gewinne. Seine Einnahmen und Ausgaben sind zwischen 2000 und 2004 um 71% bzw. 96% angestiegen. Diesbezüglich bildet Laos unter den Entwicklungsländern die grosse Ausnahme. Das EPL ist ungemein autonom, seine kommerzielle Buchführung ist exemplarisch, und ausserdem muss es sich selbst erhalten, weshalb es seine Unternehmensstrategie betont auf die kommerziellen Aspekte seiner Tätigkeit ausgerichtet hat.

Anhand statistischer Ergebnisse erklärt B. Siripraphanh, dass der Aufschwung der EPL-Postdienste mit dem Wirtschaftswachstum des Landes parallel läuft, und fügt hinzu, dass «der Postdienst zur Wirtschaftsentwicklung und zur Erhöhung des BNP beigetragen hat.» Tatsächlich ist die Anzahl der Postsparkonten und Geldüberweisungen im Lande von 554 bzw. 10 949 im Jahr 2001 auf 4166 bzw. 88 671 im Jahr 2004 angestiegen. Die Postbankendienste werden wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren eine nicht unbeträchtliche Einnahmenquelle darstellen.

Veränderungen akzeptieren

Diese eindrucksvollen Statistiken stimmen optimistisch, was das künftige Wachstum des Postsektors im allgemeinen und des laotischen Marktes betrifft. Die Post von Laos wird sich allerdings im Interesse dieses künftigen Wachstums den damit verbundenen Anforderungen und dem technologischen Fortschritt anpassen und dem Ansturm von Globalisierung und Liberalisierung standhalten müssen. «EPL hat bezüglich Vermarktung und Rentabilität bereits ermutigende Ergebnisse erzielt. Ein weiterer Aufstieg setzt jedoch das Bestehen eines reglementären Umfelds voraus, in welchem unter günstigen Voraussetzungen entsprechend agiert werden kann», sagt V. Dhamija.

«EPL ist bemüht, den Überlebenskampf der Post unter besten Bedingungen aufzunehmen», führt B. Siripraphanh weiter aus.

Das «Überlebens-Programm» wurde in Form eines PIDEP/IPDP erstellt, den die Regierung im September des Vorjahres gutgeheissen hat. In seinem Mittelpunkt stehen die Reform des Vorschriftenwesens und die volle Nutzung der Kapazitäten. Er berücksichtigt auch die speziellen Probleme des Postunternehmens. Seine strategische Ausrichtung ist auf zahlreiche vorrangige, entwicklungsrelevante Anliegen der Regierung abgestimmt. Er zielt ausserdem auf die Förderung der Universaldienste, auf die Stützung der Politik und der juristischen Grundlagen der Post ab und soll den Erfolg von EPL als Geschäftsunternehmen gewährleisten, ohne dessen mit der Erbringung des Universaldienstes verbundenen Leistungen zu schmälern.

Kurz danach hat das Internationale Büro ein mehrjähriges Gesamtprojekt (PIP/MIP) ausgearbeitet, um die Befriedigung des im Plan angeführten Bedarfs sicherzustellen. Dieses Projekt wurde letzten Dezember genehmigt und betrifft die Finanzierung von Konsulen-

tenbesuchen, von Schulungskursen für Postbedienstete und von Betriebsmittel-Ankäufen.

Das Projekt wird 2006 in Angriff genommen und soll nicht dem Postsektor allein viele Vorteile bringen. Die Einrichtung eines soliden Vorschriftenrahmens wird sich nämlich auch auf andere Sektoren günstig auswirken. Ein starkes Postunternehmen würde eine gut strukturierte Beteiligung privater Kreise herbeiführen können. Sein umfassendes Verteil- und Postbankennetz wäre geeignet, die Verbindung mit entlegenen Gegenden herzustellen und damit auch zur Beschleunigung der Dezentralisierung und zur Bekämpfung der Armut beizutragen.

Es steht viel auf dem Spiel. Doch wird sich die Mühe lohnen, und alle Beteiligten unterstützen die Durchführung des Planes. «EPL wird sämtliche darin enthaltene Empfehlungen befolgen und sich auch bei künftigen Unternehmungen davon leiten lassen», versichert Abteilungsleiter Siripraphanh.

Wachstumsmodelle für die Post

Wie können wir unsere Ziele erreichen?

von Rhéal LeBlanc

Wie schafft man wohl die Reform und Weiterentwicklung des Postsektors, vor allem in den Entwicklungsländern, wenn man Wachstum, Kostenprobleme und Universaldienst unter einen Hut bringen soll? Es fällt nicht leicht, diese Frage zu beantworten – doch genau das hat sich die neue Projektgruppe «Postwirtschaft» unter der Leitung von Joelle Toledano vorgenommen. Frau Toledano, Mitarbeiterin des französischen Regulators für elektronische Kommunikation und Postwesen, hat Wirtschaftswissenschaften studiert und interessiert sich schon seit Jahren für das Wirtschaftsleben bei der Post, über das sie auch schon zahlreiche Schriften publiziert hat, darunter das Buch *Die Postwirtschaft und ihre Grundlagen* (Economica 2004). Als der Weltpostverein beschloss, im Rahmen des Rates für Postbetrieb ein Gremium einzusetzen, das sich mit dem Wirtschaftsleben der Post beschäftigen sollte, führte kein Weg an Frau Toledano vorbei. Schliesslich ging es darum, den Postsektor gründlich zu durchleuchten und davon ausgehend zu Wirtschaftsmodellen zu gelangen, die den Universaldienst in einen geeigneten Gesetzesrahmen stellen und den Ländern als Basis für eine Revitalisierung des Postwesens dienen sollten. *Union Postale* hat Frau Toledano zu Ziel und Zweck der Arbeiten ihres Gremiums befragt.

Gibt es wirklich so etwas wie eine Postwirtschaft?

Ich würde sagen, es gibt eine ganze Reihe von Handhaben, die sich für eine ganze Reihe von Postunternehmen eignen. Das Postwesen in Frankreich, Indien und Kanada hat sicherlich viel Gemeinsames, ist aber nicht das gleiche. Vor fünfzehn Jahren haben sich Fachleute aus Industrieländern mittels derartiger Handhaben bei regelmässig abgehaltenen Konferenzen, Arbeiten und Umfragen zur Postreform mit dem Postsektor auseinandergesetzt. In diesen Ländern sind nun Ergebnisse gemeinsamer, gründlicher und einschlägiger Analysen verfügbar, und man kann sich deshalb erklären, was auf dem Markt geschieht, welcher Entwicklung das Angebot folgt, wie sich die technologischen Errungenschaften auf die Tätigkeit der Post auswirken und was bei der Konkurrenz vor sich geht. Es gibt auch klar erkennbare Tendenzen: Das Postaufkommen pro Einwohner ist in der Regel gross. Es

geht vor allem von den Geschäftsleuten aus und ist für die Haushalte bestimmt. Die Postangestellten verdienen relativ gesehen gar nicht schlecht; als Konsequenz davon kommen zur Bearbeitung der Sendungen während des gesamten Postlaufes zunehmend Maschinen zum Einsatz. Da das Verkehrsaufkommen umfangreich genug ist und seine Steigerung eine Senkung der Stückkosten bewirkt, lassen sich bei der in den Industrieländern sehr verbreiteten Zustellung an die Wohnadresse beträchtliche Grössenvorteile erzielen. So ist es in diesen Ländern zum Entstehen eines «circulus vertuosus» gekommen, von dem die Post seit dem 19. Jahrhundert profitiert hat.

Und die Entwicklungsländer?

Dort ist alles anders. In diesen Ländern wurde und wird die Wirtschaftslage kaum analysiert, und wenn, dann auf der Grundlage unvollständiger Angaben. Unser Gremium will nicht nur vor einer systematischen Übernahme der gemeinsamen Wirtschaftsanalyse der Industrieländer durch die Entwicklungsländer warnen, sondern vor allem neue Modelle für den Ausbau des Postsektors entwickeln, die auf die jeweiligen Gegebenheiten abgestimmt sind. Zunehmende Effizienz, verbesserte Dienstqualität, erschwingliche Preise und zufriedene Kunden finden sich in den Industrieländern, werden aber von Mechanismen gesteuert, die in Entwicklungsländern in der Regel nicht vorhanden sind. Den Entwicklungsländern müssen andere Wege gewiesen werden, denn es gibt ja nicht nur eine einzige Methode, sagen wir, zum Zustellen der Post oder zur Rentabilisierung von Investitionen. Die Modelle für Senegal, Indien oder Trinidad-und-Tobago werden nicht die gleichen sein dürfen, sondern müssen der jeweiligen Situation angepasst sein. Unser Ziel ist die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, d.h. das Anbieten von Reformmodellen in den Bereichen Effizienz, Konkurrenz und Vorschriftenwesen, von denen ausgehend die Postunternehmen dieser Länder in die Lage versetzt werden, voll und ganz zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beizutragen.

Warum interessiert man sich beim WPV jetzt für diese Fragen?

Bisher hat man den Ländern Reformen, und nichts als Reformen, eingehämmert. Natürlich ist mehr Effizienz am Platze, aber man muss doch auch einsehen, wie unterschiedlich die Lage in den einzelnen Ländern ist und dass unterschiedliche Wege beschritten werden müssen, um ein dauerhaftes Postmodell zusammenzubauen, das nicht nur soziale und politische Aspekte berücksichtigt.

Viele Wirtschaftsstudien nehmen auf Verkehr oder Telekommunikation Bezug. Warum bleibt der Postsektor im Hintergrund?

In den 90er Jahren bestand in vielen Bereichen eine auffallende Tendenz zur Liberalisierung. Von der Liberalisierung des Telekommunikationswesens z.B. versprach man sich potenzielle Gewinne und investierte dementsprechend. Und wenn Kapital winkt, wird auch etwas unternommen, weil es Geld zu verdienen gibt. Ich meine, und das ist meine ganz persönliche Auffassung, dass man die Post links liegen gelassen hat, weil sie kaum gewinnträchtig erscheint. Bevor man in die Post investiert, konzentriert man sich lieber auf Telekommunikation, Strom- und Wasserversorgung und sonstige öffentliche Dienstbereiche, weil man die Post – meines Erachtens fälschlicherweise – für einen «überalterten» Dienst hält, der früher oder später der elektronischen Kommunikation weichen muss.

Die Post ihrerseits hat sich in manchen Entwicklungsländern mit einer Liberalisierung auseinandersetzen müssen, die «wild» betrieben wurde und für Investoren uninteressant war. Die Marktentwicklung ging ohne Vorschriftenrahmen vor sich, und das erwies sich in einigen Fällen als katastrophal, besonders in Lateinamerika, wo lange Zeit hindurch, und in sämtlichen Bereichen, einfach nur experimentiert wurde. Wenn sich Investoren gefunden haben, dann ganz bestimmt nicht für die Post, deren Wirtschaftswesen sich selbst überlassen geblieben ist. Sie war einfach unattraktiv, und darum wurden auch so wenige Entwicklungsprojekte eingereicht.

Die Arbeit Ihres Gremiums ist gerade deshalb so wichtig, oder? Angesichts von investitionsintensiven Reformprojekten muss sich die Post ja wohl auf Forschungsergebnisse und Analysen stützen können!

Wir zielen in der Tat darauf ab, dazu beizutragen, dass die Post zu einem rentablen und modernen Sektor wird, allerdings nicht allein auf der Grundlage von Rentabili-

tätsüberlegungen. Das ist dabei das grosse Risiko, denn der gesamte Universaldienst steht auf dem Spiel. Meiner Meinung nach hängt der Erfolg davon ab, dass Wege zur gleichzeitigen Förderung von Universaldienst, Leistungsfähigkeit und Rentabilität gefunden werden.

Wie und in welcher Richtung werden die Arbeiten Ihres Gremiums laufen?

Wir sind u.a. gerade dabei, uns und unseren Wirkungskreis zu organisieren. Wirtschaftswissenschaft ist keine exakte Wissenschaft. Daher bedarf es einer ganzen Reihe von Studien, die ineinander übergreifen und die teilweise sämtliche Länder, teilweise auch ganz bestimmte Länder betreffen, weil es jene Faktoren zu ermitteln gilt, die der Post hier oder dort zum Erfolg verholfen oder sie zum Scheitern gebracht haben. Von diesen Analysen ausgehend hoffen wir angemessene Pläne vorlegen zu können.

Universelle Präsenz ist das Herz der Entwicklung des Postwesens. Trotzdem wäre es bei geringem Verkehrsaufkommen unsinnig, einen Universaldienst für Zustellung an die Wohnadressen anzustreben, weil er viel zu teuer käme. Dieses Problem lässt sich allerdings lösen: Z.B. haben manche Länder in Postfilialen oder anderen öffentlichen Gebäuden Postfächer eingerichtet oder stellen die Sendungen bei anderer Gelegenheit zu. Es muss überlegt werden, wie die Universalzustellung im Interesse zunehmenden Verkehrsaufkommens und stetiger Verbesserung ausgebaut werden könnte. Wir müssen verstehen lernen, was zur Entwicklung des Aufkommens am besten zu tun ist, und bei alledem auf ein gesundes Preis-Leistungsverhältnis achten. Ausserdem gilt es auf die in den einzelnen Ländern im Vorschriftenwesen üblichen politischen Vorgangsweisen einzugehen und herauszufinden, welche davon sich als erfolgreich erwiesen haben.

Beispielsweise haben die ersten wirtschaftsanalytischen Untersuchungen des Postsektors gezeigt, dass das Postaufkommen pro Kopf irrelevant ist, wenn man die demographischen Daten ausser acht lässt bzw. sich nicht dafür interessiert, wie viele Menschen im betreffenden Land lesen und schreiben können. Wenn man beim Vergleichen des Postaufkommens von Land zu Land solche Unterschiede nicht berücksichtigt, zieht man falsche Schlüsse. Allgemeiner ausgedrückt, muss man zu verstehen versuchen, wieso manche Länder mit ähnlichem Wirtschaftswachstum und vergleichbarem Entwicklungsniveau unterschiedliche Verkehrsaufkommen aufweisen.

Wie werden Sie sich die Daten für objektive Analysen beschaffen?

Wir werden regional oder auch auf Landesebene vorgehen und rechnen dabei mit der Unterstützung der Länder guten Willens. Wir sind extrem aufgeschlossen und wissen genau, welche Fragen zu beantworten sind. Natürlich ist eine Antwort nicht in allen Fällen möglich. Aber schon einige wenige gelungene Studien können als wegweisend gelten. Oft braucht es nur drei oder vier sichere Aussagen für die Beantwortung mehrerer Fragen. Im weiteren Verlauf wird sie dann jeder seinen individuellen Zielsetzungen gemäss auswerten.

Und welche Unterstützung erwarten Sie sich, genau genommen, von den Mitgliedsländern?

Jede Unterstützung ist uns willkommen. Ich hoffe, dass die Länder mit uns zusammenarbeiten und uns berichten werden, was sie unternommen haben und was sich daraus ergeben hat. Ausserdem zähle ich auf die Beistellung von Daten, die uns eine allgemeine Übersicht und Analyse ermöglichen.

Beim ersten Zusammentreffen des Postwirtschafts-Gremiums vor einem Jahr war ich sehr enttäuscht, weil ausschliesslich Industrieländer vertreten waren. Letzten Oktober allerdings, als wir neuerlich getagt haben, durfte ich mit grosser Freude zur Kenntnis nehmen, dass sich auch zahlreiche Teilnehmer aus aufstrebenden Ländern und Entwicklungsländern zu Wort gemeldet haben. Wir werden ihre Probleme nicht sofort lösen können, ihnen aber entsprechendes Werkzeug anbieten und sie zur Selbsthilfe ermutigen. Es muss eine Gesprächsbasis gefunden werden. Postwirtschaft ist ja kein «Ding an sich», sondern hängt von der Betrachtungsweise ab. Einige von uns sind der Auffassung, dass der Postdienst auch jetzt, am Beginn des 21. Jahrhunderts, noch seine Bedeutung hat. Wenn wir diese unsere Meinung aber nicht belegen und die anderen nicht davon überzeugen können, werden wir künftig als Verlierer und verknöcherte Ideologen belächelt. Für die Postgemeinschaft kann es nur von Vorteil sein, ihre politischen und sozialen Ziele weiter zu verfolgen und dabei auch wirtschaftlich zu denken. Anderenfalls bekommen wir Schwierigkeiten.

Fotos:

Abb. 1. – Wirtschaftsanalysen aus Industrieländern sind nicht ohne weiteres auf Entwicklungsländer übertragbar. Für diese gilt es eigene Wachstumsmodelle für den Postsektor auszuarbeiten.

Abb. 2. – Vergleicht man das Postaufkommen je Einwohner von Ländern mit verschiedener Bevölkerungsdichte und unterschiedlichen Alphabetisierungsstandes, kann man zu falschen Schlüssen kommen.

Partnerschaften: eine Idee setzt sich durch

von Jérôme Deutschmann

Ungeachtet des zunehmenden Konkurrenzkampfes im Geschäftsleben – und obwohl sie wegen der Liberalisierung der Dienste unter starkem Druck stehen – gehen immer mehr Postunternehmen Hand in Hand der Zukunft entgegen und blicken gemeinsam nach vorne.

In der Resolution C22/2004 des Kongresses von Bukarest finden diese Geisteshaltung und dieser Wille zu gemeinschaftlichem Vorgehen ihren Ausdruck. Es ist darin von Zusammenarbeit und von Partnerschaft die Rede. Aber was bedeutet «Partnerschaft» eigentlich, und wie könnte der WPV diese Art von Zusammenschluss zur erfolgreichen Verbesserung von Zusammenarbeit und Entwicklung nützen?

Partnerschaft bedeutet Austausch und wechselseitige Unterstützung und eignet sich für Postunternehmen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Erfahrungen in bestimmten Bereichen. Diese Bereiche können gemeinsam definiert werden, und in der weiteren Folge unterstützt man einander dort, wo einer der Beteiligten noch nicht so weit ist wie der andere.

PostEurop als Wegweiser

PostEurop, der Verband europäischer öffentlicher Postbetreiber, dem 44 Postunternehmen angehören, hat seit 1999 mehrere Partnerschaften ins Leben gerufen. Die betreffenden Projekte hiessen zunächst «Twinning», dann «Accord», «Accord II» und schliesslich «ACTIN», wurden von der Europäischen Union finanziert und dienten dem Zweck, den Postbetreibern in den Ländern Mittel- und Osteuropas (PECO/CEEC) die praktischen Kenntnisse und Handhaben zu vermitteln, die für die Anwendung der als «acquis communautaire» (gemeinschaftlicher Besitz) bekannten europäischen Postgesetze nötig waren. Dutzende von Experten wurden zu den Postunternehmen der PECO/CEEC entsandt, die Hunderten von Postbediensteten gezeigt haben, was getan werden muss, um die Geschäftsmethoden der Post den Erfordernissen anzupassen und sie konkurrenzfähig zu machen. PostEurop hat in diesem Sinne auch fünf strategische Bereiche festgelegt: Dienstqualität, Finanzen/Buchführung, Marketing/Verkauf, Projektmanagement und Umgang mit dem Regulator. Seit 2003 konzentrieren sich diese Vorhaben auf die Schulung von Ausbildern in

Sachen «acquis communautaire» auf dem europäischen Postsektor und auf die wechselseitige Information über optimale Methoden zur Betriebsführung und Verbesserung der Dienstqualität. Den auf diese Art betreuten PECO/CEEC-Postunternehmen sind daraus zahlreiche Vorteile erwachsen.

Bilaterales Vorgehen

Durch die neue Resolution gestärkt, kann der WPV nunmehr dem Beispiel anderer Organisationen bzw. einiger Postunternehmen folgen, denn die Partnerschaften haben sich für die jeweils aktiv oder passiv Beteiligten bereits als durchaus gewinnbringend erwiesen.

Zu diesem Zweck «hat die Aktionsgruppe für Postentwicklung GADP/PDAG einen Fragebogen ausgearbeitet, der den bei PostEurop gesammelten einschlägigen Erfahrungen Rechnung trägt. Er soll zur Zusammenstellung einer Liste von Bereichen führen, die von den Vereinsmitgliedern im Hinblick auf die konkrete Umsetzung von Partnerschaftsprojekten in ihrer jeweiligen Region als prioritär betrachtet werden», erklärt der Präsident der GADP/PDAG, Gérard Power (Kanada).

Diese Vorgangsweise passt sehr gut zu den Zielen der Weltpoststrategie von Bukarest. Sie setzt allerdings voraus, dass sich einige führende Postunternehmen freiwillig dazu melden.

In Fachkreisen wird einhellig erklärt; dass die betreffenden Projekte nur dann erfolgreich sein werden, wenn sie genau festgelegt und mit sinnvollen Argumenten untermauert sind. Die beteiligten Postunternehmen können je nach Grösse und Marktanteil ihre Erfahrungen miteinander teilen und ein gemeinsames Ziel anstreben. Die Beziehung zwischen ihnen darf nicht einseitig, sondern muss vom Miteinander bestimmt sein. Der Sponsor würde in diesem Fall als Verbindungsglied bzw. Entwicklungshelfer fungieren, während der Nutzniesser von Anfang an am Projekt mitzuwirken und dem Sponsor über seine Erfahrungen zu berichten hätte. Sollten solche Beziehungen von rein kommerziellem Denken bestimmt sein, muss der WPV seine Unterstützung verweigern. Auch Partnerschaften zwischen Entwicklungsländern sind ein gutes Beispiel für Zusammenarbeit, vorausgesetzt, es werden Know-how, technologisches Wissen oder Ressourcen ausgetauscht.

Regionalkonsulenten und Engere Vereine sind dazu aufgerufen, unter Berücksichtigung des jeweiligen Entwicklungsniveaus zweier gegebener Betreiber in derselben Region deren Vorhaben zu fördern oder bei deren Erstellung behilflich zu sein.

Schliesslich müssten auch die öffentlichen oder privaten Geldgeber ebenso wie allfällige Spender entsprechend motiviert werden, und zwar auf der Grundlage detail-

lierter Kostenpläne und nachvollziehbarer Projekte. Es muss präzise feststehen, von wem und wie die einzelnen Phasen des Vorhabens bis zu dessen Abschluss finanziert werden. Für Vorhaben regionaler Tragweite könnte z.B. auch der Fonds zu Verbesserung der Dienstqualität herangezogen werden. Jedes Projekt müsste zwischen dem WPV und den Postunternehmen der beteiligten Länder offen und ehrlich abgesprochen werden.

Correos und Gecotel

Die Regierungen von Äquatorialguinea und Spanien haben 1982 eine Vereinbarung geschlossen, dergemäss die Briefmarkenabteilung von Correos (der Spanischen Post) für Gecotel (die Post von Äquatorialguinea) die Ausgabe der Briefmarken von Äquatorialguinea und deren Verkauf an Sammler übernommen hat. Weitere Projekte zielten auf die Verbesserung des Dienstes, z.B. der Zustellung an die Wohnadresse, ab. Derzeit hält sich ein Konsulent der Spanischen Post, der für den WPV Aufträge in Sachen Dienstqualität und EMS erledigt, in Äquatorialguinea auf, um dort die Situation der Post in Stadt und Land zu durchleuchten. Er hat bereits einen Reformplan mit mehreren vorrangigen Abschnitten erstellt: Bereinigung der Schulden aus dem EMS-Dienst, internationaler Postverkehr und Regulierung des Universaldienstes auf die Weltpoststrategie von Bukarest. In Zusammenarbeit mit der in Spanien für Zusammenarbeit zuständigen Stelle sorgt er auch für das Management der Schulungsprogramme. Alle diese gezielten Aktionen wurden von der Regierung Äquatorialguineas gutgeheissen, die denn auch das für das Postwesen zuständige Ministerium ersucht hat, sich für die entsprechenden Projekte schon aufgrund von deren sozialwirtschaftlicher Bedeutung einzusetzen. Diese Art von Partnerschaft kann bereits als beispielhafte Zusammenarbeit zweier Postverwaltungen gelten, die für mehrere afrikanische Länder der betreffenden Region von Interesse sein könnte.

PostEurop: Deutsche Post und Poczta Polska

Das Partnerschaftsprojekt «Anhebung der Europäischen Dienstqualitätsnorm» wurde unter der Ägide der PostEurop und ihrer beiden entwicklungsorientierten Aktionen «Abkommen I und Abkommen II» unter der Oberaufsicht der Deutschen Post in Angriff genommen. Es sind daran sieben europäische Postbetreiber beteiligt (darunter TNT und Post Danmark). Sein Ziel ist der Einsatz von Wissen und optimalen Methoden zur Erreichung der in der Gemeinschaftsrichtlinie festgelegten Norm von 85% binnen J + 3, die besagt, dass innerhalb Europas 85% aller Vorrangsendungen drei Tage nach ihrer Aufgabe zugestellt werden müssen. «Jede Partnerschaft muss allen Beteiligten etwas bringen. Im gegenständlichen Fall allen sieben Partnerunternehmen, da bessere Dienstqualität im innereuropäischen Postlauf über ein gemeinsames Netz für alle von Vorteil ist», sagt Christian Schelter, der dieses Projekt seitens der Deutschen Post betreut.

Auf Basis eines vorgegebenen Rahmenabkommens mussten zunächst der Bedarf, die Anliegen und die Strategie von Poczta Polska erhoben werden, ebenso wie andere externe Faktoren, wie die polnische Gesetzeslage, die dortigen Qualitätsnormen usw. «Es ist sehr wichtig, sich für ein Partnerland mit annähernd gleichen Parametern (geographische Lage, Umfang des Netzes, Kundenanzahl) zu entscheiden, damit ein zweckentsprechender Kurs eingeschlagen werden kann. Weitere Grundlagen für Partnerschaften sind das offene Gespräch und, wie in unserem Fall, der Kontakt zwischen Experten für internationalen und innerpolnischen Verkehr, denn nur so kann die beste Lösung unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen Gegebenheiten gefunden werden», führt Christian Schelter weiter aus.

Die Post von Polen hält viel von dem Projekt und hat auch bereits viel davon profitiert. Sie erreicht heute die in Sachen Dienstnormen und Dienstqualität angestrebten Ziele und erbringt in vieler Hinsicht gute Leistungen im Auslands- und Inlandsverkehr.

Während das Projekt lief, haben die Fachleute der Partnerunternehmen ihre Erfahrungen frei und offen ausgetauscht und die Stärken und Schwächen der Poczta Polska besprochen. Es gab allerdings auch für die Partner der Polen viel dazuzulernen, denn die Polen haben blendende Ideen: z.B. bringen sie auf ihren öffentlichen Postkästen Hinweise an, mit denen die Benutzer über die richtige Bezeichnung ihrer Sendungen informiert werden. Das Projekt ist demnach, multilateral gesehen, als voller Erfolg zu werten.

AIDS am Arbeitsplatz

Handlungsbedarf bei der Post

von *Juliana Nel*

HIV und AIDS stellen den Unterhalt von Millionen Arbeitnehmern in Frage und gefährden auch deren Umfeld: die Angehörigen, Gemeinschaften, Unternehmen und Behörden. Sie wirken sich unmittelbar auf die Verfügbarkeit von Arbeitskraft und auf die Produktivität aus. So wird das Wirtschaftsleben in den betroffenen Ländern geschwächt, denn es kommt zu Mehrkosten für die Betriebe und zum Sinken des Produktions- und Einnahmenpegels.

Die jüngsten Statistiken der ONUSIDA/UNAIDS und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthalten bestürzende Angaben: Von den derzeit 40 Millionen HIV/AIDS-Trägern sind 90% zwischen 15 und 49 Jahren alt, befinden sich also im produktivsten Lebensalter. Beim Weltwirtschaftsforum 2006, das kürzlich in Davos (Schweiz) stattgefunden hat, zeigten sich die Unternehmensleiter äusserst besorgt wegen der Konsequenzen von AIDS am Arbeitsplatz. Eine von diesem Forum unternommene Umfrage hat ergeben, dass fast die Hälfte der in 117 Ländern befragten 11 000 Betriebe für die kommenden fünf Jahre mit einer zunehmenden Beeinflussung ihrer Aktivität durch AIDS rechnen.

Mit weltweit insgesamt mehr als fünf Millionen Arbeitnehmern und mehreren weiteren Millionen in zugehörigen Bereichen steht die Post für einen grossen Anteil des Arbeitsmarktes und ist von den Auswirkungen der Epidemie unmittelbar betroffen.

Marcel van Soest leitet die «World AIDS Campaign (WAC)», eine nichtstaatliche Organisation für gemeinsames Vorgehen gegen HIV/AIDS auf weltweiter Ebene. Er sieht die Lage so: «HIV/AIDS betrifft sämtliche Geschäftszweige, und daher besteht Handlungsbedarf seitens aller Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Postsektor bildet hier keine Ausnahme. Die Postunternehmen haben die Pflicht, für geeignete Massnahmen und Verhütungsprogramme zu sorgen.». Der Aufruf seiner Organisation, nämlich «Stopp für AIDS! Versprechen und Halten!» richtet sich an die Regierungen und Entscheidungsträger, die sich im Jahr 2001 bei der AIDS-Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen verpflichtet hatten, etwas zu unternehmen, um der Krankheit Einhalt zu gebieten.

Massnahmen und Programme am Arbeitsplatz

Dass das AIDS-Problem in der Arbeitswelt sehr ernst genommen wird, ist nicht nur deshalb wichtig, weil es sich auf Arbeitskraft und Produktivität auswirkt, sondern auch wegen der bedeutenden Funktion zielführender Programme am Arbeitsplatz im Kampf gegen die Epidemie.

ONUSIDA/UNAIDS und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) halten den Mangel an Massnahmen am Arbeitsplatz, die unzureichende Investition in entsprechende Verhütungs- und Hilfsprogramme sowie die Ausgrenzung und Diskriminierung betroffener Mitarbeiter für die grössten Hindernisse.

«Klarerweise ist eine rasche Erhöhung von Schlagkraft und Umfang der Programme zur HIV-Verhütung das Gebot der Stunde», erklärte der Leiter von ONUSIDA/UNAIDS, Dr. Peter Piot, anlässlich der Vorlage des Berichtes «Aktuelles zur AIDS-Epidemie» im Jahr 2005 (*AIDS Epidemic Update 2005*).

Eine von *Union Postale* bei einigen Postbetreibern durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass nur einige wenige von ihnen (und das gilt hauptsächlich für die weniger betroffenen Länder) bereits Massnahmen zur Verhütung von HIV/AIDS ergriffen hatten. Als besonders besorgniserregend erwiesen sich die Aussagen mancher Postbetreiber – vor allem in Osteuropa und in Asien – denzufolge sie Programme zur HIV/AIDS-Bekämpfung «nicht als prioritär» betrachten. Dabei nimmt die HIV-Rate gerade in den Ländern Osteuropas und Asiens besonders stark zu. Im obenerwähnten Bericht ist von einem 25%igen Anstieg der Anzahl HIV-positiver Personen in diesen Gegenden die Rede. Einige der Postbetreiber gaben allerdings an, dass sie sich der von den Regierungen ihrer Länder verfolgten Anti-AIDS-Politik angeschlossen hätten.

Riskante Arbeitswelt

Manche Arbeitsplätze sind für die Arbeitnehmer hinsichtlich der HIV-Infektionsgefahr riskanter als andere. Laut ILO steigt das Ansteckungsrisiko, wenn das Personal seinen Standort oft wechselt. Dies gilt besonders für Speditionsunternehmen, deren Mitarbeiter lange auf weiten Strecken unterwegs sein müssen. Da viele grosse

Postbetreiber den Postverkehr mit Strassenfahrzeugen abwickeln, sind ihre damit beschäftigten Mitarbeiter natürlich mehr gefährdet – ganz so wie Fremdarbeiter, die sich lange Zeit fern von der Heimat aufhalten. Zahlreiche öffentliche Postbetreiber beschäftigen viele ausländische Arbeitnehmer.

Postangestellte sind zwar nicht so stark gefährdet wie z.B. Ärzte, Pfleger, Sanitäter usw., können aber trotzdem in Ausübung ihres Berufes mit dem HIV-Virus in Kontakt kommen. Einige Postbetreiber, darunter die von Australien, Kanada und Dänemark, haben Schutzmassnahmen ergriffen, nachdem gebrauchte Injektionsnadeln in öffentlichen Briefkästen gefunden worden waren bzw. es beim Sortieren bzw. Zustellen von Sendungen zum Verschütten von Blutproben gekommen war. Grethe-Birgitte Friis Jakobsen, die Sprecherin von Post Danmark, berichtet: «Nachdem Subkutannadeln in öffentlichen Briefkästen aufgetaucht waren, haben wir unsere Mitarbeiter mit Schutzhandschuhen ausgerüstet. Einige hatten sich verletzt, doch glücklicherweise wurde niemand infiziert. Auch weiss ein jeder, was zu tun ist, wenn es bei der Bearbeitung und Zustellung von Sendungen zum Kontakt mit Blut oder anderen infektiösen Stoffen kommen sollte.»

WPV und WHO haben 1999 eine Vereinbarung über die gefahrlose Beförderung infektiöser Stoffe und diagnostischer Proben über das internationale Postnetz unterzeichnet. Es geht dabei um grössere Sicherheit beim Verpacken derartiger Sendungen und um die Erstellung von Schulungsprogrammen für Organisationen des Gesundheitswesens, Postverwaltungen, Versandunternehmen und Frächter in aller Welt.

Weltumspannende Allianzen

Die zunehmend problematische Bedeutung von Ablehnung und Diskriminierung wird im Bericht des Weltwirtschaftsforums *Global Review of the Business Response to HIV/AIDS 2005/2006* über die Massnahmen der Unternehmen im Kampf gegen HIV/AIDS in den Vordergrund gestellt. Es wird darin aufgezeigt, dass die Unternehmen sehr viel tun können, indem sie eine Politik am Arbeitsplatz zur Hintanhaltung von Diskriminierung erarbeiten und betreiben und ihre Mitarbeiter veranlassen, sich an die für AIDS-Therapie und -Verhütung zuständigen Stellen zu wenden. Sie müssten sich zu diesem Zweck z.B. nur an die «Weltweite Koalition der Unternehmen zur Bekämpfung von HIV/AIDS» oder an sonstige Institutionen wenden, die sich zum Zweck der gemeinschaftlichen Anwendung zweckentsprechender Methoden zusammengeschlossen haben.

Deutsche Post World Net mit ihrem internationalen Eilsendungs- und Logistikdienst DHL hat sich als erster Postbetreiber der obenerwähnten «Weltweiten Koalition» angeschlossen, die im Rahmen des Weltfonds für den Kampf gegen AIDS, Tuberkulose und Malaria den Privatsektor offiziell vertritt. Mit ihren fast 500 000 Mitarbeitern in 220 Ländern unterstützen Deutsche Post World Net und DHL aktiv die Massnahmen zur Verhütung von AIDS besonders in den stark betroffenen Ländern Afrikas und Asiens. Sie setzen im Kampf gegen HIV/AIDS ausserdem ihr umfassendes Transportnetz für die Weiterleitung von Informationen ein und sind den um die Entwicklung von Heilmitteln bemühten Institutionen bei der Beförderung von antiretroviralen Medikamenten und Biopsieproben behilflich.

«Die Postunternehmen sind allgegenwärtig und für die Information eines Grossteils der Bewohner unseres Globus zuständig. Daher können sie in Sachen Verhütung und Unterweisung eine wesentliche Funktion übernehmen. Man stelle sich nur vor, wie es wäre, wenn fünf Millionen Arbeitnehmer das ‚Versprechen‘ abgäben», sagt Marcel van Soest von World AIDS Campaign.

Seit ihrer Entdeckung im Jahre 1981 hat die Erworbene Immundefizienz (AIDS) mehr als 25 Millionen Menschen das Leben gekostet. Sie ist deshalb eine der gefährlichsten Epidemien in der uns bekannten Menschheitsgeschichte. Im Jahr 2005 sind 3,1 Millionen Menschen an AIDS gestorben. Schätzungsweise tragen derzeit 40,3 Millionen – also mehr Menschen als je zuvor – den Human-Immundefizienzvirus HIV in sich. An die fünf Millionen wurden 2005 von diesem Virus befallen.

Wir müssen uns der Tatsache bewusst sein, dass wir viel viel mehr tun müssen, um das Millenniumsziel bis 2015 zu erreichen, und es ist dies ein Auftrag an uns alle. Die Verbreitung von AIDS aufzuhalten ist aber kein Ziel an sich, sondern die Voraussetzung zur Erreichung aller anderen Millenniumsziele.» Kofi Annan, Generalsekretär der UNO.

Was kostet AIDS?

Ganz zu schweigen von Leid und Tod, die in Geldwert nicht bemessen werden können, bedeutet HIV/AIDS für Grossunternehmer eine beträchtliche finanzielle Belastung. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entstehen die unmittelbaren Kosten hauptsächlich durch die Zunahme der Zulagen, die den Angestellten gewährt werden müssen, und durch die Zahlungen an deren Familien. Die übrigen direkten Kosten entstehen bei der Aufnahme von Ersatz für die nicht mehr Arbeitsfähigen. An indirekten Kosten fallen jene an, die durch das Sinken der Produktivität bedingt sind, durch den Verlust an Fachwissen und Erfahrung und durch die steigende Personal-Turnover-Rate. Am teuersten kommen die Unternehmen u.a. die langen Krankenstände zu stehen. Laut einer bei Privatbetrieben in Kenia, Malawi und Sambia durchgeführten Studie der ILO machen die betreffenden Kosten 25 bis 45% der Gesamtausgaben aus. Die Auswirkungen der Epidemie auf die seelische Einstellung und den Arbeitseifer des Personals sind ebenfalls beachtlich.

Die ILO hat eine Sammlung von Richtlinien zu HIV/AIDS in der Arbeitswelt herausgegeben. Sie enthält praktische Ratschläge zum Gebrauch von Behörden, Arbeitgebern, Arbeitnehmern und anderen Beteiligten, die daraus entnehmen können, was auf landesweiter und betrieblicher Ebene zur Bekämpfung von Verbreitung und Konsequenzen des HIV-Virus zu unternehmen wäre; im Internet scheint sie auf der Webseite der Arbeitsorganisation auf (www.ilo.org/public/english/protection/trav/aids/publ/code/htm). Ausserdem kann man sich unter iloaids@ilo.org über die Ausarbeitung und praktische Umsetzung einschlägiger Strategien am Arbeitsplatz informieren.

AIDS in Afrika

Gute Nachrichten von der Post in Kenia

von Juliana Nel

Das Schicksal der Amtsbotin Hellen Atieno Opiyo bedeutet für ihre Kollegen im Hauptpostamt von Kisumu (Kenia) eine Art Silberstreifen am Horizont. Seit fünfzehn Jahren ist sie HIV-positiv, hat also AIDS. Im Jahr 1999 wurde im Krankenhaus bei ihr eine derart geringe Lymphozytenzahl (CD4) festgestellt, dass die Ärzte kaum mit ihrem Überleben rechneten. Dennoch hat sie – sie ist Mutter von sechs Kindern, auch schon Grossmutter, und ihr Mann ist an AIDS gestorben – diese Klippe umschifft und konnte sogar ihre Arbeit wieder aufnehmen. Eine antiretrovirale Therapie gibt ihr Hoffnung, aber ebenso die progressive Methode, die von der Post von Kenia zugunsten ihrer von AIDS betroffenen Mitarbeiter verfolgt wird. «Die Familienberatung, die von meinem Arbeitgeber für seine Angestellten und ihre Angehörigen zum Thema HIV/AIDS eingerichtet worden ist, hat mich tatsächlich zur Einsicht gebracht, dass man AIDS und seine verheerenden Folgen für das Leben in der Gemeinschaft nicht durch Verleugnen bekämpft, sondern am besten durch Akzeptanz», sagt Frau Opiyo, die sich intensiv an AIDS-Kampagnen beteiligt. «Ich bin den Leitern und Mitarbeitern der Posta Kenya wirklich dankbar, denn sie ermöglichen es mir, mich behandeln zu lassen, wenn ich mich schlecht fühle, und garantieren sogar für die Ausbildung meiner Kinder.»

Frau Opiyo ist am Leben – als seltener Beweis für positive Ergebnisse im Kampf gegen HIV/AIDS. Obwohl die Ansteckungsquote weltweit ansteigt, ist die Infektionsgefahr für Erwachsene laut UNAIDS/ONUSIDA (Gemeinsames HIV/AIDS-Programm der Vereinten Nationen und laut WHO (Weltgesundheitsorganisation) in den letzten Jahren in einigen Ländern zurückgegangen, besonders in Kenia, in Simbabwe und teilweise auch in der Karibik. Wie es heisst, spielen dabei veränderte Verhaltensweisen, wie die zunehmende Verwendung von Präservativen, das Hinauszögern des «Ersten Mals» und die Abkehr von der Promiskuität, eine wichtige Rolle.

In Kenia, wo fast 2,5 Millionen der insgesamt 33 Millionen Einwohner HIV-positiv sind, ist die Neu-Infektionsrate von einem Spitzenwert von 10% in den späten 1990er Jahren auf 7% im Jahr 2003 gesunken. Die Post von Kenia bestätigt diese sinkende Tendenz; nach den von

ihr gelieferten Informationen ist die Sterblichkeitsrate bei ihren 4500 Mitarbeitern merklich zurückgegangen. 2002 sind 46 Postbedienstete (die meisten von ihnen an AIDS) gestorben. 2005 waren es nur vier.

Angesichts der Auswirkungen der Pandemie auf Produktivität und Einnahmen des Landes hat sie die Regierung von Kenia 1999 zur nationalen Katastrophe erklärt, eine entsprechende Strategie ausgearbeitet und verstärkt Massnahmen zur Verhütung, Bekämpfung, Kontrolle und Linderung von AIDS ergriffen. Ausserdem wurde auf dem öffentlichen Sektor eine Arbeitsplatz-Strategie mit klaren Direktiven eingeführt, die auf die Rechte und Pflichten der Bediensteten und auf deren Verhalten am Arbeitsplatz Bezug nehmen. «Das AIDS-Problem geht alle Arbeitgeber etwas an, somit auch die Posta Kenya», sagt Dick Rayori, der Direktor für Auslandsbeziehungen und innerbetriebliche Kommunikation. «Wir sind uns klar darüber, dass die AIDS-Epidemie für das Wirtschafts-, Sozial und Gesundheitswesen und, wegen ihrer Verbreitung unter unseren Mitarbeitern, auch für unser Unternehmen zu einem schweren Problem geworden ist.»

Gemäss der Strategie der Posta Kenya ist für die HIV-positiven Bediensteten eine gerechte Besoldung und ärztliche Betreuung sicherzustellen. Niemand darf gegen seinen Willen auf AIDS getestet werden. Wer erkrankt ist, darf seiner normalen Beschäftigung nachgehen, so lange er arbeitsfähig bleibt.

Information und Motivation

Seit ihrer Gründung im Juli 1999 sorgt die Posta Kenya erfolgreich für die Information und Motivation ihrer auf mehr als 900 Postfilialen verteilten Mitarbeiter und für die Änderung ihrer Verhaltensmuster. Derzeit sind 20 qualifizierte Konsultanten im ganzen Land in beratender Funktion unterwegs. 75 entsprechend ausgebildete Mitarbeiter schulen sozusagen das gesamte Personal. 31 Instruktoressen wurden mit dem Problemkreis AIDS gründlich vertraut gemacht, und seit 2001 haben mehr als 5000 Mitarbeiter an informativen Kursen, Videositzungen und Diskussionsrunden teilgenommen, die eine Änderung ihrer Verhaltensweise herbeiführen sollten. Bei den Diskussionsrunden wird interaktiv auf Themen

eingegangen, die mit AIDS zu tun haben. Ausserdem werden persönliche Beratung und Hausbesuche angeboten.

Die Posta Kenya kümmert sich aber nicht nur um ihre eigentlichen Mitarbeiter. Familienberatungstage wurden 2004 in vier Regionen eingeführt. An die 1500 Bedienstete und ihre Angehörigen haben bisher daran teilgenommen. Demnächst sollen diese Aktionen auf die anderen Regionen ausgeweitet werden.

Hilfe und Betreuung

Das Postunternehmen sorgt für die ärztliche Betreuung aller seiner Mitarbeiter, auch der HIV-positiven. Es appelliert an sie und ihre Angehörigen, Beratungsstellen aufzusuchen und sich in den dafür zuständigen Krankenhäusern antiretroviral therapieren zu lassen. Ist die Krankheit einmal ausgebrochen, werden ärztliche Hausbesuche organisiert, und therapeutische Beratung kann sowohl am Arbeitsplatz als auch zu Hause in Anspruch genommen werden.

Abgesehen von seinem Budget für medizinische Betreuung kann das Postunternehmen auf einen Betrag von jährlich rund 1 Million KES (13 000 USD) zurückgreifen, der vom Nationalen AIDS-Kontrollrat (einem von der Regierung des Landes eingesetzten Gremium zur Koordinierung und Finanzierung des Kampfes gegen AIDS) beigestellt wird. Es arbeitet ausserdem eng mit anderen Regierungseinrichtungen und mit privaten Institutionen

zusammen: mit dem Gesundheitsministerium, mit der AIDS-Kontrolleinheit des Verkehrsministeriums, mit auf Provinz- und Distriktsebene zuständigen Koordinatoren, mit der Rundfunkgesellschaft von Kenia und mit der Nationalen Organisation für Spezialausbildung von Arbeitern und Angestellten.

Gute Ergebnisse

Die Posta Kenya ist überzeugt von den positiven Auswirkungen ihrer Programme auf das Unternehmen selbst und auf die Gemeinschaft, für die es tätig ist. Laut Dick Rayori «haben sich mehrere Mitarbeiter aus freiem Willen als HIV-Träger geoutet, und die Erkrankten werden bei weitem nicht mehr so schief angesehen und gemieden wie früher.» Abschliessend erklärt er: «Unser Motivierungsprogramme tragen bereits Früchte. Im Gespräch mit den Angehörigen unserer Mitarbeiter bei den Familientagen stellen wir eine deutliche Verbesserung der Verhaltensmuster fest, besonders was die Verwendung von Kondomen betrifft. Die Verringerung des AIDS-Infektionsrisikos geht uns alle an, und sie wird nur möglich sein, wenn die erforderlichen Massnahmen am Arbeitsplatz ergriffen werden. Schliesslich ist dieses Risiko ja durchaus vermeidbar. Und es lässt sich vermeiden, indem wir unser Verhalten ändern, unser Wissen erweitern, uns ärztlich betreuen lassen und ein Umfeld schaffen, das keine Diskriminierung kennt».

Fotos:

Abb. 1. – Hellen Atieno Opiyo von der Posta Kenya hat AIDS den Kampf angesagt. Unter anderem leitet sie eine Gruppe, in der Menschen mit HIV/AIDS lernen, wie sie den Kopf oben behalten und Verdienstmöglichkeiten finden, um ihre Familien erhalten zu können.

Abb. 2. – Mehr als 350 Besucher kamen zum ersten Familientag zum Thema «Richtiges Verhalten bei HIV/AIDS», der von der Posta Kenya für ihre Mitarbeiter und deren Angehörige organisiert wurde. AIDS hat das Unternehmen hochqualifizierte Mitarbeiter gekostet, Familien ins Elend gestürzt und eine schwere finanzielle Belastung durch Arzt- und Begräbniskosten mit sich gebracht, wie Generalpostdirektor Dan K. Ameyo (zweiter von rechts) erklärt.

Abb. 3. – Die Posta Kenya verteilt über ihr Netz Informationen und Lehrmittel zu HIV/AIDS und versorgt ihre Mitarbeiter mit Präservativen. Hinweise auf die Erkrankung finden sich auch auf den Gehaltsbelegen und als Freimachungsaufdrucke auf den Briefen der Postkunden.

Briefmarken für eine gute Sache – oder für mehrere

von Jérôme Deutschmann

Seit vielen Jahren schon leisten Briefmarken wertvolle Hilfe beim Aufbringen von Geldmitteln zugunsten wohltätiger Institutionen, Gesellschaften zur Bekämpfung und Verhütung von Krankheiten und auch öffentlicher Stellen, die sich der Verteidigung und dem Schutz von Volksgruppen verschrieben haben.

Der Weltpostvertrag beinhaltet einen Artikel dazu: «Briefmarken für philanthropische Zwecke dürfen in jeglicher Sprache einen Vermerk über den Anlass ihrer Ausgabe tragen. Ist ausser ihrem Freimachungswert ein Zuschlag zu zahlen, müssen sie derart gestaltet sein, dass bezüglich dieses Wertes kein Zweifel bestehen kann.»

Solche Marken besitzen einen besonderen Status und ihre Ausgabe richtet sich in der Regel nach Direktiven der zuständigen Ministerien. In Frankreich hat die Regierung den Postbetreiber bereits 1952 zur Ausgabe von Sondermarken mit Zuschlag ermächtigt, wobei die Einnahmen aus diesem Zuschlag zur Gänze dem französischen Roten Kreuz zugute kommen. In der Schweiz kam 1998 eine Ministerverordnung heraus, derzufolge die schweizerische Post zusammen mit «Pro Patria» und «Pro Juventute» die Einnahmen aus Sondermarken mit Zuschlag verwaltet und an Institutionen kulturellen oder sozialen Charakters weiterleitet, bzw. an solche, die für Kinder und Jugendliche oder im nationalen Interesse tätig sind.

Brustkrebs – eine landesweite Angelegenheit

Den bisher grössten Verkaufserfolg mit einer Philantropie-Marke hat die Post der Vereinigten Staaten (USPS) erzielt. Die Auflage dieser der Brustkrebs-Forschung gewidmeten, in Amerika als «Semi-Postal» bekannten Marke erfolgte nach Verabschiedung eines Gesetzes durch den Kongress der USA und unter dem Einfluss und Druck seitens von Einzelpersonen und Gruppen. Bis Ende 2005 hat der Verkauf von 678 Millionen Stück einen Rekordertrag von 47,9 Millionen USD gebracht, wovon 70% an Institutionen des nationalen Gesundheitswesens und 30% an die in den USA für den Kampf gegen Brustkrebs zuständige staatliche Stelle ergingen. «Angesichts dieses Erfolges», berichtet David Faylor, Leiter des Phila-

teliedienstes des USPS, «wurde eine Kongressdirektive verabschiedet, die das zehnjährige Laufen eines unbeschränkten Markenprogramms vorsieht.»

Ein in den Vereinigten Staaten sesshaft gewordener prominenter ungarischer Chirurg war vom Erfolg dieser Marke so beeindruckt, dass er angeregt hat, eine solche auch in seiner alten Heimat von der «Magyar Posta» ausgeben zu lassen, und sogar die Bewilligung des USPS zur Verwendung desselben Markenbildes erhielt. So konnten die Ungarn um einen Betrag im Gegenwert von 0,20 EUR pro Marke zum Thema «Brustkrebs – Spenden hilft Heilen» einer landesweit wichtigen, guten Sache dienen. «Die Marken haben sich enorm gut verkauft. Diese kleinen Stückchen Papier erreichen Tausende von Haushalten und Büros und haben innerhalb von drei Monaten 10 000 EUR für das Ungarische Krebsforschungsinstitut eingebracht», erklärte die Vizepräsidentin der «Magyar Posta», Ildiko Szüts, anlässlich der feierlichen Übergabe des Betrages.

Auch der Tsunami und seine Folgen haben zahlreiche Postunternehmen in ähnlichem Sinne mobilisiert. «Slovenska Posta» ist ein Beispiel dafür. Die slowakische Post hat zugunsten eines Nothilfeprogramms für die von der Katastrophe betroffenen Kinder Marken ausgegeben, nach deren Verkauf ein Betrag von 20 000 EUR der partnerschaftlich mitwirkenden Organisation UNICEF übergeben werden konnte. Solch ein vertrauenswürdiger und der breiten Öffentlichkeit bekannter Partner bürgt in der Regel für den Erfolg derartiger Aktionen.

Marken sind motivierend

Für die westliche Welt sind Brustkrebs und Naturkatastrophen von besonderem Belang. In Afrika und Asien jedoch werden die meisten Marken mit motivierendem Charakter zum Thema der AIDS-Verhütung ausgegeben. Die Regierungen mehrerer Länder, von Nigeria bis Südafrika über Botswana und Ruanda, unterstützen den Kampf gegen diese Geissel der Menschheit, indem sie ihre Postunternehmen um die Ausgabe von Marken ersuchen, die das Rote Band oder andere aussagekräftige Symbole der AIDS-Bekämpfung tragen. Tansania, Simbabwe und Tschad haben ihre Marken mit Aufklebern versehen, die zu Verhütungsmassnahmen auffordern. Das Kommunikationsministerium von Nepal hat ver-

fügt, dass auf allen Inlands- und Auslandssendungen sechs Monate lang ein Stempelaufdruck mit dem Slogan «Schütze Dich und die anderen vor HIV/AIDS» aufscheinen muss, weil auf diese Art eine grösstmögliche Anzahl von Menschen erreicht werden kann.

Die Seuche greift so rasch um sich, und das auch unter den Mitarbeitern mancher Postunternehmen, dass die Briefmarke umso mehr, und sogar in den entlegensten Gebieten unseres Globus, als einer der wichtigsten Vermittler der «Anti-AIDS-Botschaft» gelten kann.

Union Postale Bestellschein

Jahresabonnement: Schweiz CHF 12 Andere Länder CHF 21

Den Postverwaltungen können Sondertarife gewährt werden. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an das Internationale Büro.

Ich bestelle _____ Jahresabonnement(s)

Zahlungsweise: Postanweisung
 Bankscheck (in Schweizer Franken und auf eine Bank in der Schweiz ausgestellt)
 Postüberweisung (30-820-4 Bern)
 Banküberweisung (143996-61-10, Credit Suisse, Bern)

Kreditkarte: American Express Visa Euro-/Mastercard

Kartenummer _____ Verfalldatum _____

Karteninhaber _____

Name des Abonnenten _____ Vorname _____

Postanschrift _____

Ort _____ Postleitzahl _____

Land _____ Unterschrift _____

Bitte senden an: Redaktion *Union Postale*, Weltpostverein, Postfach, 3000 BERN 15, SCHWEIZ

Herausgeber: Juliana Nel
Chefredakteur: Rhéal LeBlanc
Redakteur: Jérôme Deutschmann
Redaktionssekretärin: Gisèle Läubli
Deutsche Übersetzung: Brigitta Novotny und Jeanne Gauster-Glaubauf
Graphische Gestaltung und Photographie: Gil Bez und Alexandre Plattet
Abonnements: publications@upu.int
Druck: Benteli-Hallweg Druck AG, Bern
Weitere Sprachen: Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch

Anschrift:
Union Postale
Internationales Büro
Weltpostverein
Postfach
3000 BERN 15
SCHWEIZ
Telefon: (+41 31) 350 33 10
Fax: (+41 31) 350 31 77
E-Mail: rheal.leblanc@upu.int

Die in den einzelnen Artikeln zum Ausdruck gebrachten Meinungen entsprechen nicht unbedingt jener des WPV. Nachdruck, auch auszugsweise, mit Angabe des © UPU *Union Postale* gestattet.